

Zukunft lernen – mehr Raum für frühkindliche Bildung

Lebenslanges Lernen beginnt in der Kindheit

„Der grundlegende Wandel in allen gesellschaftlichen Bereichen führt zu tiefgreifenden Veränderungen von sozialen Strukturen und Beziehungen, von Arbeitsleben und Freizeit. Bildungspolitik muss gesellschaftliche Bedingungen gestalten und sich an den damit verbundenen Herausforderungen orientieren.“ Dieser Leitgedanke prägt den Parteitagbeschluss „Zukunft gestalten – schulische Bildung fördern“ der SPD Thüringen vom 3.11.2001. Er gilt auch für unsere auf das Vorschulalter bezogene Bildungspolitik.

Die SPD hat am 7.1.2003 mit dem Beschluss des Parteivorstandes „Für ein kinderfreundliches Deutschland“ Aufgaben und Vorhaben festgelegt, um Deutschland kinder- und familienfreundlicher zu machen. Drei Säulen sind dabei zu stärken: Es geht erstens um eine neue Balance von Familie und Arbeitswelt, zweitens um ein kinder- und familienfreundlicheres Klima in der Gesellschaft und drittens um die beste Bildung, Betreuung und Erziehung für alle Kinder.

Internationale und nationale Vergleiche, wissenschaftliche Untersuchungen und umfassende praktische Erfahrungen in vielen Ländern haben es erwiesen: Die Förderung der frühkindlichen Entwicklung ist ein Schwerpunkt bei der besseren Bewältigung sozialpolitischer und bildungspolitischer Herausforderungen. Gegenwärtig werden bei uns die enormen frühkindlichen Entwicklungspotentiale bei weitem nicht ausgeschöpft. Das betrifft neben der Förderung der Chancengleichheit für alle Kinder, der Entwicklung des Wertebewusstseins und der sozialen Beziehungsfähigkeiten nahezu alle Bereiche der kindlichen Persönlichkeitsentwicklung – insbesondere auch die Ausschöpfung frühkindlicher Lernpotentiale. Deren mangelhafte Nutzung hat weitgehend irreparable Folgen für spätere Entwicklungschancen und beeinflusst nachhaltig Bildungsbiographien und Lebenswege.

Thüringens Traditionen und Leistungen in der Vorschulerziehung – die gefährdete Zukunft

Kaum ein deutsches Bundesland hat in der Vorschulerziehung so reiche Traditionen wie Thüringen. Unser landesspezifischer Erfahrungsschatz reicht von Fröbel über die Reformpädagogik und die Betreuungsleistungen in der DDR bis in die Gegenwart. In allen Phasen waren ehrliche und oft auch aufopferungsvolle Bemühungen um Vorschulkinder von Erfolgen geprägt und von Fehlleistungen begleitet. Bildungspolitische und pädagogische Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Familie und öffentlicher Kinderbetreuung, um die Rolle der Erziehung, Bildung und Betreuung in öffentlichen Einrichtungen prägen bis heute Funktionsverständnisse, Konzepte, inhaltliche Profile und Erziehungsstile der Kindertagesstätten.

Dennoch gibt es in Thüringen in den letzten Jahren erfreuliche Entwicklungen und einen breiten Konsens in wichtigen Fragen der Vorschulbetreuung.

Dazu gehören unter anderem die gesetzliche Festlegung des Rechts auf einen Kindergartenplatz, das flächendeckende und bedarfsgerechte Angebot an Kindergartenplätzen, die hohen Nutzungsquoten, der Einsatz ausgebildeter Erzieherinnen und die Trägervielfalt.

Erst seit kurzem beginnt jedoch die Bildungsfunktion der Kindertagesstätten wieder den ihr angemessenen, wichtigen Platz im Aufgabenverständnis der Einrichtungen, ihrer Träger und der Pädagogen einzunehmen. Dieser Orientierungswandel ist wichtig, denn international herrscht bereits Einvernehmen darüber, wie moderne Bildung für Kinder unter sechs Jahren zu konzipieren, zu organisieren und zu implementieren ist. Lernen wird dabei nicht so sehr als individueller Vorgang, denn als sozialer Prozess verstanden, an dem neben Pädagogen auch Eltern, Kinder und Öffentlichkeit zu beteiligen sind. Und im Mittelpunkt dieses Bildungs- und Lernprozesses steht weniger die Anhäufung von Wissen als der Erwerb von Sprachkompetenzen, Ausdrucks- und Kommunikationsfähigkeit.

Trotz aller positiven Tendenzen bleibt die weitere Entwicklung der Kindertagesstätten in Thüringen gefährdet. Es gibt strukturelle und pädagogische Rückstände im internationalen Vergleich, gegenüber berechtigten Erwartungen von Gesellschaft und Eltern sowie von nachfolgenden Bildungseinrichtungen:

- Kindertagesstätten und Vorschulerziehung sind im Vergleich zu den finanziellen Aufwendungen für andere Bildungsstufen chronisch unterfinanziert. Diese Situation droht sich wegen der kommunalen Finanznöte noch zu verschärfen.
- Während die Thüringer Schule von bürokratischer Überregulierung geprägt ist, wie etwa die jüngsten Veränderungen der Schulordnung belegen, leidet die Vorschulpädagogik unter einem Vorgabedefizit. Dies führt zu mangelnder Orientierung bei den Pädagogen und gefährdet ein den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechendes Aufgabenverständnis. Ein breit getragener Zielkonsens ist jedoch erforderlich, ohne dabei die strukturelle und pädagogische Vielfalt einzuschränken. Zwar werden entsprechende Leitlinien in Thüringen bald probeweise eingeführt, doch bleiben der Zeitverzug bedenklich und die Wirkungen dieser Leitlinien vorerst unsicher.
- Kindertagesstätten erhalten, wie gute internationale Erfahrungen zeigen, eine neue Position und Funktion in der Bürgergesellschaft. Sie öffnen sich zunehmend für das regionale Umfeld, für Verbände und Wirtschaft, finden dort pädagogische und materielle Unterstützung. Sie können zu Kommunikationszentren für alle Eltern und insbesondere zu Kontaktzentren mit denjenigen Eltern und Elternschichten werden, die später die Nähe zu Bildungseinrichtungen nur schwer neu gewinnen. Sie können Stätten informeller und zwangloser Frühförderung und Elternbildung sowie der Kooperation mit allen Beratungsangeboten für Eltern werden. Auf derart erweiterte Aufgaben sind Thüringer Kindertagesstätten weder konzeptionell noch pädagogisch, weder materiell noch im Hinblick auf die Qualifikation der Pädagogen vorbereitet.
- Die Ausbildung der Erzieherinnen liegt erheblich unter europäischen Standards, sie liegt auch unter dem Niveau der spezialisierten Ausbildung in der DDR. Das beeinträchtigt das Image, den sozialen Status sowie die Aufstiegsmöglichkeiten der Erzieherinnen, es belastet auch das Bewerberniveau für diesen Beruf schwer. Die vorgesehenen verbesserten Vorgaben zur Fortbildung können diesen grundlegenden Mangel bei der Professionalisierung der Fachkräfte nicht kompensieren.
- Die gesetzlich gesicherten Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Eltern von Kindergartenkindern sind in Thüringen bisher nur unzureichend ausgestaltet.

- Die Vernetzung aller an Erziehung Beteiligten, also insbesondere die Vernetzung der Kindertagesstätten mit den Eltern, den künftigen Lehrern, mit anderen Beratungs- und Bildungseinrichtungen der Jugendhilfe und der regionalen Öffentlichkeit ist nur partiell und qualitativ sehr unterschiedlich entwickelt. Es gibt nicht nur Qualifikationsdefizite im Hinblick auf erweiterte Aufgaben, sondern auch nicht mehr hinnehmbare arbeitsrechtliche Hemmnisse durch überhöhte Kontaktstundenverpflichtungen.
- Die traditionellen Formen der Kinderbetreuung – von der Kinderkrippe über den Kindergarten bis zum Hort und zu ganztägiger Schülerbetreuung –, stoßen gegenwärtig an ihre Grenzen. Das zeigt sich insbesondere bei der Förderung benachteiligter sozialer Schichten und bei der Durchsetzung der Chancengleichheit. Als problematisch erweist sich in diesem Zusammenhang auch die Zuordnung der unterschiedlichen Formen von Kinderbetreuung zu verschiedenen Politikbereichen. Eine weit stärkere Vernetzung ist hier erforderlich.
- Die Forschung zur Kindergartenpädagogik ist in Thüringen sträflich unterentwickelt. Das ist im Hinblick auf die Komplexität der zu bewältigenden Aufgaben, im Hinblick auf die Fürsorgepflicht gegenüber den Thüringer Kindern und gegenüber den berechtigten Erwartungen der Vorschulpädagogen nicht mehr hinnehmbar.

Veränderung tut Not – unsere Forderungen

Um die Zukunft der Thüringer Kindertagesstätten zu sichern, fordern wir ein Landesprogramm mit folgenden Schwerpunkten:

1. Chancengleichheit durch Kindertagesstätten fördern

Wir wollen das in Thüringen erreichte, quantitativ hohe Niveau des Kindergartenbesuchs erhalten und in der unmittelbaren Vorschulzeit qualitativ so attraktiv gestalten, dass möglichst viele Kinder den Kindergarten besuchen. Sozial verträgliche Gebührenregelungen sind mit dem Ziel zu gewährleisten, dass kein Kind wegen der Einkommenssituation seiner Eltern auf den Besuch von Kindertagesstätten verzichten muss.

Die Einrichtung eines für alle Kinder verbindlichen Vorschuljahres ist im Hinblick auf Konzeption, Ziele und Inhalte, auf personelle und finanzielle Sicherung zu prüfen und zu erproben. Sinnvoll ist ein Vorschuljahr nur, wenn es bei Kindern aus bildungsferneren Schichten über den vorhergehenden Kindergartenbesuch hinaus kompensatorische Wirkungen erzielt und eine verschulungsfreie Schulvorbereitung gesichert werden kann.

Wir unterstützen die Trägervielfalt, die bei allgemein verbindlichen Ziel- und Wertvorstellungen durch Leitlinien bzw. durch einen Rahmenplan soziale Integration fördert und soziale Segregation konsequent vermeidet.

2. Kindertagesstätten als Kommunikationsorte für Familien und als Wirkungsfelder für bürgerschaftliches Engagement entwickeln

Wir streben nach einer neuen, erweiterten Funktionsbestimmung für Kindertagesstätten. Sie sollen sich zu Institutionen einer offenen, pluralen Bürgergesellschaft entwickeln, in der die Kinder selbst als aktive Gestalter mit ihren Erzieherinnen und Eltern, mit Verbänden und regionalen Institutionen, mit der örtlichen Wirtschaft und mit anderen sozialen Einrichtungen ihr Leben und Lernen gestalten. Kindertagesstätten sollen Kontaktstätten und Kommunikationsorte für Eltern werden. Sie sollen besonders bei Eltern aus bildungsferneren Schichten das Bedürfnis nach Erziehungsqualifikation und nach fortwirkender Kontakt- und Mitgestaltungsbereitschaft in Bildungsinstitutionen, vor allem am späteren Schulleben, wecken. Die Mitwirkungs- und

Mitentscheidungsrechte von Eltern und deren gewählten Vertretungen sind umfassender zu sichern.

3. Bildung, Erziehung und Betreuung in ein alters- und entwicklungsgerechtes Gleichgewicht bringen und Qualitätssicherung erreichen

Wir wollen Kindertagesstätten als Lern- und Bildungsorte weiterentwickeln, in denen die bisher noch unerschlossenen Potentiale frühkindlicher Bildung weit besser als momentan ausgeschöpft werden. Wir fordern die Erprobung, schnelle Einführung und ständige Weiterentwicklung eines für alle Träger verbindlichen Rahmenplanes für die Erziehung, Bildung und Betreuung in den Thüringer Kindertagesstätten. Dieser Rahmenplan hat Spielräume für Freizeit, Muße und Geselligkeit ebenso zu gewährleisten wie Möglichkeiten der interessenbezogenen Begabungsentdeckung und -entwicklung sowie der individuellen Förderung bei Entwicklungsdefiziten und die Absicherung einer qualifizierten Elternarbeit. Allen Verschulungstendenzen der Vorschulerziehung ist ebenso zu begegnen wie einer ausschließlich und oberflächlich situationsbezogenen Arbeit.

Wir wollen eine fachkundige Evaluation der Kindertagesstätten fördern, die den Wettbewerb der Einrichtungen um die besten pädagogischen Konzepte und Ergebnisse befruchtet. Die Bindung an überregionale, auf nationalen und internationalen Erfahrungen beruhende Qualitätsstandards ist eine Voraussetzung dafür.

4. Kindertagesstätten mit anderen Bildungsbereichen vernetzen und Zuständigkeiten bündeln

Unser Ziel ist es, die staatliche Verantwortung für vorschulische sowie schulische Bildung und Erziehung durch verbesserte Kooperation zu bündeln. Kindertagesstätten sind enger mit Einrichtungen der Erziehungs-, Familien- und Lebensberatung, mit Familienbildungs- und Frauenzentren sowie mit weiteren kommunalen kulturellen und sportlichen Angeboten zu vernetzen.

Wir unterstützen und fördern alle Bemühungen, die Kommunikation und Kooperation an den Schnittstellen und Übergängen zwischen Kindertagesstätten und zur Grundschule zu intensivieren. Besondere Bedeutung hat dabei für uns der vor allem während des Vorschuljahres sinnvoll erscheinende, zusätzliche Personaleinsatz von Grundschulpädagogen in den Kindertagesstätten auf der Basis eines gemeinsamen pädagogischen Konzepts der beteiligten Institutionen.

5. Finanz- und Personalausstattung auf international übliches Niveau bringen

Die Finanzausstattung der Einrichtungen der Vorschulerziehung ist im Rahmen einer Anpassung der gesellschaftlichen Aufwendungen für Vorschulerziehung und Schulen an internationale Maßstäbe deutlich zu verbessern. Mindestens der OECD-Durchschnitt und der international durchschnittliche Anteil für Bildungs- und Betreuungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt sind zu erreichen. Damit kann auch eine den wachsenden Aufgaben entsprechende Personalausstattung gewährleistet werden. Wir werden die Investitionsbereitschaft kommunaler und freier Träger durch zusätzliche Landesmittel stärken.

6. Erzieherinnenausbildung reformieren und Fortbildung gewährleisten

Durch die erweiterten und intensivierten Aufgaben für das pädagogische und sozialpädagogische Fachpersonal der Einrichtungen der Vorschulerziehung ändern sich traditionelle Berufsbilder. Die Anforderungen gegenüber den Kindern steigen. Neue Tätigkeitsfelder wie kommunikative Eltern- und Öffentlichkeitsarbeit, Vorbereitung vorschulgerechter Bildungsaufgaben und verstärkte diagnostische Tätigkeit treten hinzu. Deshalb fordern wir Neuregelungen zur Bemessung der Arbeitszeit, insbesondere des Anteils der Kontaktstunden, die den veränderten Aufgaben gerecht werden. Die Befähigung zur Selbstevaluation auf der Grundlage des Rahmenplanes ist verstärkt zu entwickeln.

Wir fordern die schrittweise Einführung der Erzieherinnenausbildung auf Fachhochschulniveau. Das entspricht nicht nur den objektiven Berufsanforderungen, sondern ist bereits internationaler Standard, gewährleistet die internationale Anerkennung der in Deutschland erworbenen Berufsabschlüsse und eröffnet Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung.

Die Zugangsbeschränkungen zum Erzieherinnenberuf für Abiturienten sind aufzuheben. Schrittweise ist die Fachhochschulreife als Zugangsvoraussetzung einzuführen. Bis zur Einführung der Fachhochschulausbildung für Erzieherinnen ist die berufsfachliche und wissenschaftliche Qualifikation sowie eine entsprechende Fortbildung des Personals der Pädagogischen Fachschulen und der Fachberatung zu evaluieren und zu erhöhen.

Grundlegender Bedarf besteht in der qualifizierten Fortbildung der Erzieherinnen. Wir unterstützen alle Vorhaben für eine umfassendere Sicherung der Fortbildung in Thüringen und fordern gesetzliche Regelungen für die damit verbundenen Rechte und Pflichten.

7. Forschungskapazitäten sichern

Wir fordern den schrittweisen Aufbau von Forschungseinrichtungen für Vorschulpädagogik in Thüringen sowie den Ausbau von Forschungskapazitäten in anderen wissenschaftlichen Bereichen, die sich mit dem Vorschulalter befassen und deren Ergebnisse für die eigentliche pädagogische Forschung unerlässlich sind